Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/3575

18. 01. 80

Große Anfrage

der Abgeordneten Dr. Biedenkopf, Breidbach, Gerstein, Löher, Dr. Hoffacker, Dr. Warnke, Prangenberg, Dr. Dollinger, Vogel (Ennepetal), Hasinger, Krampe, Frau Hürland, Dr. Köhler (Duisburg), Lampersbach, Volmer, Vogt (Düren), Dr. Hammans und der Fraktion der CDU/CSU

Probleme der Strukturschwäche, Arbeitsplatzentwicklung, Energiesicherung, der Wohn- und Wohnumwelt und Zukunftsentwicklung im Ruhrgebiet

Seit Jahren ist unbestritten, daß sich das Ruhrgebiet in einer tiefgreifenden Strukturkrise befindet. Diese Krise ist u. a. gekennzeichnet durch überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit, mangelnde Frauenarbeitsplätze, Unterrepräsentanz des tertiären Sektors, industrielle Monostruktur, ausbleibende Investitionen, insbesondere im Energiesektor, Wohnungsbau und der Modernisierung industrieller Anlagen, erschwerte Arbeits-, Lebens- und Umweltbedingungen für die Bürger des Reviers, eine permanente Abwanderung von jungen Arbeitskräften – mit guter fachlicher Qualifikation – und eine einsetzende Überalterung der Bevölkerung.

Entscheidende Ursache für die Strukturkrise ist das Ausbleiben politischer Entscheidungen, die Voraussetzung für neue Rahmenbedingungen sind.

Die große Unsicherheit in der Bevölkerung, bei den Investoren und den Verantwortlichen in den Gebietskörperschaften, ist nur durch ein umfassendes glaubwürdiges Konzept zu beseitigen. Der Versuch, mit Einzelmaßnahmen und gestreuten Milliardenbeträgen dem Ruhrgebiet eine tragfähige Zukunft zu verschaffen muß scheitern, wenn mutige politische Entscheidungen weiterhin ausbleiben.

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist bis heute nicht erkennbar, mit welchen Mitteln und mit welchen ordnungspolitischen Ansätzen, die Bundesregierung ihren Beitrag zur Lösung der Probleme im Revier leisten will. Sie vermag auch nicht zu erkennen, ob die Bundesregierung bestimmte ruhrspezifische Lösungsvorstellungen entwickelt hat, die mit der betroffenen Landesregierung von Nordrhein-Westfalen abgestimmt sind und als akzeptables Konzept von Gebietskörperschaften, Verbänden und der betroffenen Wirtschaft anerkannt werden.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Tel. 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 5300 Bonn 2, Postfach 2008 21
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel. (02221) 36 35 51

Um die Bundesregierung zu veranlassen, ihren Lösungsbeitrag festzulegen, stellt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion folgende Fragen:

I. Wirtschafts-, Struktur- und Mittelstandspolitik

1. Welche infrastrukturellen Maßnahmen wären zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur im Ruhrgebiet notwendig, und welche sachlichen, politischen und finanziellen Beiträge beabsichtigt die Bundesregierung zugunsten einer positiven Entwicklung der Region in Zukunft zu leisten?

2. Hält die Bundesregierung die Ausweitung der Gemeinschaftsaufgabe nach dem Programm zur regionalen Strukturförderung auf das gesamte Ruhrgebiet für eine notwendige und hilfreiche Maßnahme?

3. Wie wirken sich die Vorschriften des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und des sog. Abstandserlasses in der Praxis auf
   a) Investitionen im Bereich von Industrie, Handel und Gewerbe,
   b) im Wohnungsbau

   aus?

4. Wie bewertet die Bundesregierung die Wirkung des Abstandserlasses von NRW, der seine Grundlage im Bundesbaugesetz und Bundes-Immissionsschutzgesetz hat, auf städtebauliche Maßnahmen und Erweiterungsinvestitionen im industriell-gewerblichen Bereich?

5. Welche Änderungen sind im Bundesbaugesetz und im Städtebauförderungsgesetz nach Auffassung der Bundesregierung erforderlich, um Investitionshemmnisse zu beseitigen, Zeitabläufe bei der Bauplanung zu verkürzen und eine beschleunigte Aufstellung von Bebauungsplänen zu ermöglichen?

6. Wie kann man Interessenten die Ansiedlung in Ballungsgebieten erleichtern bzw. welche Voraussetzungen und Hilfen sind notwendig, um mittelständischen Investoren den Aufbau zukunftsorientierter Produktionsbetriebe in einem Ballungsraum zu ermöglichen?

7. Für welche Branchen der mittelständischen gewerblichen Industrie sieht die Bundesregierung Zukunftsmöglichkeiten für Neu- und Erweiterungsinvestitionen im Ruhrgebiet?

8. Beabsichtigt die Bundesregierung Bundesbehörden oder Dienststellen des Bundes im Ruhrgebiet anzusiedeln, um auch auf diesem Wege einen Beitrag zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur zu leisten?

9. Wie verteilen sich die Mittel für den Bereich der institutionellen Förderung von Forschungseinrichtungen und die Mittel für die Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben auf das Ruhrgebiet im Vergleich zur Bundesrepublik unter Berücksichtigung des Anteils des Ruhrgebietes an der Bevölkerung der Bundesrepublik, an den Industriebeschäftigten und am Bruttoinlandsprodukt?

10. Wie beurteilt die Bundesregierung die technologische Entwicklung der Stahlindustrie an Rhein und Ruhr und ihre langfristige Produktions- und Arbeitsplatzentwicklung?

11. Hält die Bundesregierung eine Subventionierung von Unternehmen der stahlerzeugenden Industrie, die eine Umstellung ihrer Stahlerzeugung auf neue Technologien aus eigenen Kapitalmitteln nicht verkraften können, für wünschenswert oder gar erforderlich, und wie definiert die Bundesregierung in diesem Zusammenhang den Begriff neue Technologien?

12. Wie können die derzeitigen Standortvorteile für die Stahlindustrie im Ruhrgebiet in Zukunft gesichert werden?

II. Energiepolitik

13. In welchem Umfang müssen im Ruhrgebiet nach Auffassung der Bundesregierung Kohle- und Kernkraftwerke gebaut werden, um eine ausreichende Energieversorgung für das Ruhrgebiet sicherzustellen?

14. Sind die notwendigen zusätzlich zu bauenden Kohlekraftwerke in der Lage, Nordrhein-Westfalen (NRW) zu einem Energielieferland zu machen?

15. Hat die Bundesregierung ihre Zielvorstellungen über Standorte für Kohlekraftwerke und Anlagen zur Kohleveredlung mit der Landesregierung von NRW abgestimmt und mit welchem Ergebnis?

16. Welche Kohlemengen müssen für eine „Kohlevorrangpolitik" bis zum Jahre 2000 zur Verfügung stehen, und wie und in welchem Umfang können sie aus den Steinkohlevorräten des Reviers beschafft werden?

17. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die – im Zusammenhang mit der notwendigen Wanderung neuer Schachtanlagen in die nördlichen Bereiche des Ruhrgebietes – zurückbleibenden Altzechenflächen für Industrieansiedlungen, Grünflächenanlagen oder den Wohnsiedlungsbau nutzbar zu machen?

18. Wie beurteilt die Bundesregierung die Schwierigkeiten der Beseitigung des Abraums, der bei verstärkter Kohleproduk-

tion anfällt und in NRW nicht mehr untergebracht werden kann?

19. Hält es die Bundesregierung im Rahmen der Erfüllung der 2. Fortschreibung des Energieprogramms für vertretbar, daß die Landesregierung von NRW den Bau von Kernkraftwerken im Ruhrgebiet und in NRW ablehnt?

20. Wie groß ist der Investitions- und der Arbeitskräfteaufwand für den Bau eines
    a) Steinkohlekraftwerkes mit angeschlossener Kohleverflüssigungsanlage,
    b) eines Hochtemperaturreaktors (z. B. 1300 MW) und einer angeschlossenen Kohleverflüssigungsanlage,

    und wie groß ist der Arbeitskräftebedarf für den Betrieb dieser Anlagen?

21. Bis zu welchem Zeitpunkt müssen die endgültigen Entscheidungen über die Standortauswahl fallen, wenn eine Ölsubstitution durch Kohleverflüssigung einen nennenswerten Substitutionsbeitrag leisten soll?

22. Hat die Bundesregierung für den Fall, daß es keine ausreichende Zahl politisch durchsetzbarer Standorte für die Kohleverflüssigung im Ruhrgebiet gibt, andere Standortüberlegungen angestellt und entsprechende Kontakte mit den Gebietskörperschaften aufgenommen?

23. Welche Alternativen hat die Bundesregierung zur Strukturverbesserung für den Fall, daß die kommerzielle Kohleveredlung im Ruhrgebiet an Standort- und Umweltproblemen scheitert?

24. In welcher Größenordnung erwartet die Bundesregierung die Durchführung der Kohleveredlung mit Importkohle bis zum Jahre 2000?

25. Welche Reaktorstrategie ist Voraussetzung für die Kohleveredlung mit nuklearer Prozeßwärme unter besonderer Berücksichtigung der sich daraus ergebenden Standortfragen?

III. Wohn- und Wohnumwelt

26. Beabsichtigt die Bundesregierung eigene Bodenreserven zu Sonderkonditionen zum Zwecke von Industrie- und Gewerbeansiedlung und Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen?

27. Welchen Beitrag könnte der Bund zur Förderung von Programmen leisten, die insbesondere dem Wohnungsbau neue Impulse gäben?

28. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den Nachholbedarf bei der Wohnungseigentumsbildung im Ruhrgebiet mit besonderen Maßnahmen zu fördern und wie beurteilt sie den Stillstand des sozialen Wohnungsbaus?

29. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um die Stadtflucht der Revierbewohner und die damit einhergehende soziale Erosion sowie ein zunehmendes Aussterben der Revierinnenstädte abzuwenden?

Bonn, den 18. Januar 1980

Dr. Biedenkopf
Breidbach
Gerstein
Löher
Dr. Hoffacker
Dr. Warnke
Prangenberg
Dr. Dollinger
Vogel (Ennepetal)
Hasinger
Krampe
Frau Hürland
Dr. Köhler (Duisburg)
Lampersbach
Volmer
Vogt (Düren)
Dr. Hammans
Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion